



Aktenzeichen: Pet 1-20-06-265-023035

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 10.07.2025 abschließend beraten und beschlossen:

Die Petition abzuschließen,
- weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.

Begründung

Mit der Petition wird gefordert, das Asylrecht als Gnadenrecht zu gestalten, das verwirkt werden kann, wenn der Antragsteller eine schwere oder staatsgefährdende Straftat auch im Ausland begeht oder sich an der rechtswidrigen Schleusung von Flüchtlingen beteiligt oder Landfriedensbruch begeht.

Zu der auf der Internetseite des Deutschen Bundestages veröffentlichten Eingabe liegen 1207 Mitzeichnungen und 41 Diskussionsbeiträge vor. Es wird um Verständnis gebeten, dass auf die vorgetragenen Gesichtspunkte nicht im Einzelnen eingegangen werden kann.

Zur Begründung des Anliegens wird im Wesentlichen ausgeführt, dass der Zustrom von Asylbewerberinnen und -bewerbern den Rechtsstaat in Deutschland gefährde, da die Kommunen überlastet seien und extremistische Vereinigungen die daraus resultierenden Belastungen zum Anlass nähmen, den Rechtsstaat in der Bundesrepublik Deutschland zu destabilisieren. Daher müsse auch maßvoll alles unternommen werden, um diese nachteilige Entwicklung zu bremsen.

Der Petitionsausschuss hat die Forderungen der Petition eingehend geprüft und der Bundesregierung Gelegenheit gegeben, ihre Haltung zu der Eingabe darzulegen. Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung lässt sich unter Einbeziehung der seitens der Bundesregierung angeführten Aspekte wie folgt zusammenfassen:

Der Petitionsausschuss weist zunächst darauf hin, dass das Asylrecht von Artikel 16a Grundgesetz als Grundrecht garantiert wird. Ein „Gnadenrecht“ ist demgegenüber die hoheitliche Kompetenz, im Einzelfall eine rechtskräftige Strafe, Nebenstrafe,



Disziplinarstrafe oder Geldbuße bei Ordnungswidrigkeiten umzuwandeln, ganz oder teilweise zu erlassen oder die Vollstreckung auszusetzen. So übt der Bundespräsident gemäß Artikel 60 Absatz 2 Grundgesetz im Einzelfalle für den Bund das Begnadigungsrecht aus.

Eine generelle Ausgestaltung des Asylrechts als „Gnadenrecht“ setze mithin rechtsdogmatisch voraus, dass Personen, die sich auf das Asylrecht berufen, einer rechtskräftigen staatlichen Sanktion im genannten Sinne für ihr Verhalten unterworfen wären. Die Beantragung von Asyl selbst kann aber jedenfalls nicht als ein solches strafsanktionsauslösendes Verhalten erachtet werden, so dass eine Ausgestaltung als „Gnadenrecht“ bereits als solche der rechtlichen und tatsächlichen Grundlage entbehrt. Im Übrigen bedarf es für Verwirkungstatbestände in den vom Petenten dargelegten Fällen weder einer Konstruktion des Asylrechts als Gnadenrecht, noch besteht insoweit praktischer Handlungsbedarf. Denn bereits nach geltender Rechtslage ist einem Ausländer die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gemäß § 3 Absatz 2 Asylgesetz (AsylG) zu verwehren, wenn aus schwerwiegenden Gründen die Annahme gerechtfertigt ist, dass er ein Verbrechen gegen den Frieden, ein Kriegsverbrechen oder ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen hat oder vor der Aufnahme als Flüchtling eine schwere nichtpolitische Straftat außerhalb des Bundesgebiets verübt hat, insbesondere eine grausame Handlung, auch wenn mit ihr vorgeblich politische Ziele verfolgt wurden. Von der Zuerkennung des subsidiären Schutzes ist ein Ausländer gemäß § 4 Absatz 2 AsylG ausgeschlossen, wenn schwerwiegende Gründe die Annahme rechtfertigen, dass er ein Verbrechen gegen den Frieden, ein Kriegsverbrechen oder ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit bzw. eine andere schwere Straftat begangen hat, sich Handlungen zuschulden kommen lassen hat, die den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen gemäß der Präambel und den Artikeln 1 und 2 der Charta der Vereinten Nationen zuwiderlaufen oder eine Gefahr für die Allgemeinheit oder für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland darstellt.

Gemäß § 60 Absatz 8 S. 3 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) ist der Ausländer vom Verbot der Abschiebung gemäß § 60 Absatz 1 AufenthG ausgeschlossen, wenn er eine Gefahr für die Allgemeinheit bedeutet, weil er wegen einer oder mehrerer vorsätzlicher



Straftaten gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit, die sexuelle Selbstbestimmung, das Eigentum oder wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte rechtskräftig zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt worden ist, sofern die Straftat mit Gewalt, unter Anwendung von Drohung mit Gefahr für Leib oder Leben oder mit List begangen worden oder eine Straftat nach § 177 des Strafgesetzbuches (StGB) ist.

Gemäß § 73 Absatz 5 AsylG ist schließlich die Anerkennung als Asylberechtigter oder die Zuerkennung des internationalen Schutzes zurückzunehmen oder zu widerrufen, wenn der Ausländer von der Erteilung nach § 3 Absatz 2 bis 4 AsylG oder nach § 4 Absatz 2 oder 3 AsylG hätte ausgeschlossen werden müssen oder ausgeschlossen ist. Der Gesetzgeber hat mithin die vom Petenten dargelegten Fälle bereits als Ausschlussstatbestände sowohl des § 3 AsylG als auch des § 4 AsylG bzw. als Widerrufs- und Rücknahmetatbestände gemäß § 73 AsylG erfasst.

Vor diesem Hintergrund vermag der Petitionsausschuss keinen parlamentarischen Handlungsbedarf im Sinne des Anliegens zu erkennen und die Petition nicht zu unterstützen. Er empfiehlt im Ergebnis, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil den Anliegen der Petition nicht entsprochen werden konnte.

Der Antrag der Fraktion der AfD, die Petition der Bundesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, wurde mehrheitlich abgelehnt.